UNIVERSITÄT SALZBURG

FACHBEREICH
Strafrecht und Strafverfahrensrecht

Diplomprüfung aus Strafrecht und Strafverfahrensrecht
Materiellrechtlicher Teil
29. Jänner 2021

„Der arme Student“

Karli K ist von Beruf Student und Sohn wohlhabender Eltern. Um seine Freundin, *Jacky D*, standesgemäß auszuführen, leiht er sich das nicht unauffällige Auto seines Vaters, *Hans K*, aus, der davon freilich nichts weiß und nie und nimmer eingewilligt hätte. Im Auto findet er zufällig auch die Bankomatkarte seines Vaters, die er nach kurzem Zögern an sich nimmt. *Karli K* befindet sich nämlich in chronischer Geldnot, da sein Vater auf dem altmodischen Standpunkt steht, dass Reichtum von Sparsamkeit käme und nicht von Luxus. Kurzentschlossen begibt sich *Karli K* mit der gefundenen Bankomatkarte zum Bankomaten und behebt 1.000 Euro, zumal er den Code kennt. Sein Vater würde zwar ausrasten, wenn er davon erfährt, doch hofft *Karli K*, dass dieser angesichts des Kontostandes ein paar Euro weniger gar nicht bemerken werde.
Im Anschluss daran holt er seine Freundin ab, die beim Anblick des Autos schwer beeindruckt ist. Freilich glaubt sie, dass dieses Auto wohl eher dem Papi ihres Freundes gehört und kann sich eigentlich nicht vorstellen, dass dieser ein so teures Autos so einfach verleiht. Dennoch will sie die Gelegenheit nützen und bittet nach dem Lokalbesuch ihren Freund, dass sie auch mal mit dem Auto fahren dürfe. *Karli K* hält das für keine gute Idee, da seine Freundin noch keinen Führerschein hat und bereits ziemlich alkoholisiert ist. Willensschwach gibt er jedoch dem Drängen nach und lässt *Jacky D* mit dem Auto fahren. Bereits nach kurzer Fahrt verliert diese in einer engen Rechtskurve aufgrund überhöhter Geschwindigkeit und mangelnder Fahrpraxis die Herrschaft über das Fahrzeug und landet in der angrenzenden Wiese. Beide erleiden bei diesem Unfall mehrere Prellungen. Der Schaden am Fahrzeug beträgt 3.000 Euro. Reumütig beichtet *Karli K* seinem Vater das kleine Missgeschick. Dieser ist vollkommen außer sich, besinnt sich jedoch dann seiner Vollkaskoversicherung, was ihn wieder beruhigt. Das Problem ist nur, dass man den Sachverhalt gegenüber Polizei und Versicherung modifizieren müsse. Es dürfe nicht herauskommen, dass eine alkoholisierte Person ohne Führerschein das Auto gelenkt habe, da die Versicherung sonst womöglich den Schaden nicht bezahlen würde. *Hans K* erklärt daher in seiner Anzeige gegenüber der Polizei und in der Schadensmeldung gegenüber der Versicherung, dass sein Sohn *Karl* mit dem Auto gefahren sei und dieser aufgrund eines Wildwechsels plötzlich das Auto verrissen habe und dabei in der Wiese gelandet sei. Diese Aussage wird von *Karli K* und *Jacky D* als Zeugen gegenüber der Polizei bestätigt. Die Schadensmeldung wird von *Hans K* zusammen mit der Anzeigebestätigung und einer Kopie der Zeugenprotokolle von *Karli K* und *Jacky D* an die Versicherung geschickt.
Polizei und Versicherung glauben die Version. Hinsichtlich der Schadensliquidierung begehrt *Hans K*, dass diese den Schaden ablösen möge. Die Versicherung ist damit einverstanden und fordert ihn auf, das Gutachten einer autorisierten Fachwerkstätte über die genaue Höhe des Schadens vorzulegen. Als *Hans K* das Gutachten der Werkstätte bekommt ändert er durch eine geschickte Manipulation den ausgewiesenen Schadensbetrag von 3.000 Euro auf 9.000 Euro und übermittelt das eingescannte Gutachten per mail an die Versicherung. Da der Scan relativ schlecht ist, fällt die Manipulation nicht auf. Der Versicherung kommt jedoch die Schadenssumme ungewöhnlich hoch vor und so geht sie der Sache nach, wobei der wahre Sachverhalt aufgedeckt wird.
Wie haben sich die beteiligten Personen strafbar gemacht?

Name:

1.	Ausleihen des Autos ***Karli K* wegen unbefugten Gebrauchs von Fahrzeugen (§ 136 Abs 1 iVm Abs 4 StGB)** Strafausschließungsgrund § 136 Abs 4 StGB	**(4 Pkt)**
2.	Wegnahme der Bankomatkarte ***Karli K* wegen Entfremdung unbarer Zahlungsmittel (§ 241e StGB)** unbares Zahlungsmittel (§ 74 Abs 1 Z 10 StGB), Sich-Verschaffen, Begehung im Familienkreis, § 166 StGB	**(4 Pkt)**
	Behebung von 1.000 Euro ***Karli K* wegen Diebstahl (§§ 127, 129 Abs 1 Z 2, 3 iVm § 166 StGB)** Qualifikation, § 129 Abs 1 Z 2, 3 StGB, Begehung im Familienkreis, § 166 StGB, echte Konkurrenz §§ 127ff und § 241e StGB	**(4 Pkt)**
3.	Fahren der Jacky D ***Jacky D* wegen unbefugter Ingebrauchnahme eines Fahrzeuges (§ 136 Abs 1 u Abs 4 StGB)** Ohne Einwilligung, Vorsatz, Strafausschluss nach § 136 Abs 4 StGB	**(4 Pkt)**
	***Jacky D* wegen fahrlässiger Körperverletzung (§ 88 Abs 1, Abs 3 StGB)** Qualifikation § 88 Abs 3 iVm § 6 Abs 3 bzw § 81 Abs 2 StGB, kein Strafausschluss § 88 Abs 2	**(4 Pkt)**
4.	Falschangeben gegenüber der Polizei ***Hans K* und *Jacky D* wegen Verleumdung des Karli K (§ 297 Abs 1 StGB)** Verdächtigung wegen eines Offizialdelikts, Gefahr einer behördlichen Verfolgung, Einwilligung	**(4 Pkt)**
	***Hans K* und *Karli K* wegen Begünstigung von *Jacky D* (§ 299 Abs 1 StGB)** Strafausschluss nach § 299 Abs 3 bzw 4 StGB	**(4 Pkt)**
	***Hans K, Karli K* und *Jacky D* wegen falscher Beweisaussage (§ 288 Abs 4 StGB)** förmliche Vernehmung als Zeuge, Aussagenotstand nach § 290 Abs 1 StGB	**(4 Pkt)**
5.	Schadensmeldung gegenüber der Versicherung ***Hans K* wegen Betruges (§§ 15 iVm 146, 147 Abs 1 Z 1 u Abs 2 StGB)** Versuch § 15 Abs 2 StGB, Tauglichkeit, Beweismittelbetrug (Kopie der Anzeige der Zeugenaussagen § 147 Abs 1 Z 1 fünfter Fall StGB), Urkundenbetrug (Schadensgutachten, § 147 Abs 1 Z 1 erster Fall StGB), Qualifikation § 147 Abs 2 StGB	**(4 Pkt)**
	***Karli K* und *Jacky D* wegen Beitrags zum versuchten Betrug (§§ 12 dritter Fall, 15 iVm 146, 147 Abs 1 Z 1 StGB)** Keine Qualifikation § 147 Abs 2 StGB	**(4 Pkt)**

Gesamt : 40 Punkte

Punkteschlüssel: 0 – 20: 5 **21 – 25: 4** **26 – 30: 3** **31 – 35: 2** **36 – 40: 1**	**Note**

UNIVERSITÄT SALZBURG

FACHBEREICH
Strafrecht und Strafverfahrensrecht

Diplomprüfung aus Strafrecht und Strafverfahrensrecht
Prozessrechtlicher Teil
26. Jänner 2021

1. Nachdem A seine Depression wieder mit Alkohol behandelt hat, schlägt er, wie schon so oft, seine Ehefrau. Diesmal traut sich diese jedoch Anzeige zu erstatten. Ein von der StA in Auftrag gegebenes psychiatrisches Sachverständigengutachten kommt zu dem Schluss, dass A psychisch sehr labil ist und unter dem Einfluss von Alkohol sich nicht mehr unter Kontrolle hat. Als Verletzungen werden im Krankenhaus zahlreiche Blutergüsse attestiert, was die StA als schwere Körperverletzung wertet (§ 84 StGB). Im Hinblick auf das psychiatrische Gutachten stellt die StA einen Antrag auf Unterbringung nach § 21 Abs 1 StGB. A beteuert, dass es nur ein einmaliger „Ausrutscher" war. Das Gericht bewertet zwar die Verletzungen bloß als leichte Körperverletzung (§ 83 StGB), hält jedoch die beantragte Unterbringung für sinnvoll, um die Ehefrau in Zukunft vor ihrem Ehemann zu schützen und entscheidet demgemäß.

a) Ist die Entscheidung korrekt? (Begründen Sie ihre Beurteilung)

b) Zu welchen Rechtsmitteln würden Sie A raten?

c) Das Gericht hat zur Hauptverhandlung den Psychiater und den Hausarzt des A geladen, um über dessen Krankengeschichte Auskunft zu bekommen. Da beide Ärzte von A nicht von ihrer ärztlichen Verschwiegenheitspflicht entbunden wurden, verweigern sie die Aussage. Das Gericht akzeptiert dies und stellt keine weiteren Fragen. Auch die Parteien nehmen die Aussageverweigerung widerspruchslos zu Kenntnis.

War die Vorgangsweise des Gerichtes korrekt? (Begründung)

Welche Bekämpfungsmöglichkeiten bestehen?

2. In einem Wirtschaftsstrafverfahren gegen einen ehemaligen Politiker führt die Richterin H den Vorsitz. Ihr, am Verfahren nicht beteiligter Ehemann, von Beruf ebenfalls Richter, kommentiert in zahlreichen Postings zur Medienberichterstattung und in sozialen Medien öffentlich das Prozessgeschehen. Er gibt darin unmissverständlich seine Meinung kund, dass er den angeklagten Politiker für korrupt hält und es höchste Zeit sei, dass dieser strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werde. Der Verteidiger des Politikers hält aufgrund dieser Umstände Richterin H eigentlich für befangen. Mit Blick auf ihre objektive und freundliche Verhandlungsführung glaubt er jedoch, dass diese seinem Mandanten wohl gesonnen sei. Er möchte daher die Befangenheit vorerst nicht geltend machen, um die Richterin nicht zu verärgern.

a) Wie beurteilen Sie unter den geschilderten Umständen die Befangenheit der Richterin?

b) Der Verteidiger fällt aus allen Wolken, als sein Mandant von der freundlichen Richterin zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wird. Verärgert über die „falsche Freundlichkeit" der Richterin will er nun deren Befangenheit geltend machen. Halten Sie dies für sinnvoll? (Begründung)

c) Nach welcher Strafzeit und unter welchen Voraussetzungen könnte der zu acht Jahren Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilte Politiker vorzeitig entlassen werden?

Name:

1.a.	• **Zurechnungsunfähigkeit:** Unterbringung (§ 21 Abs 1 StGB), wenn psychische Abartigkeit die Zurechnungsfähigkeit noch nicht vollkommen ausgeschlossen, sondern nur vermindert hat („psychisch sehr labil") und diese erst infolge des Alkoholkonsums gänzlich ausgeschaltet worden ist („nicht mehr unter Kontrolle") • **Anlasstat:** § 83 StGB keine Anlasstat für eine Unterbringung nach § 21 Abs 1 StGB	**(6 Pkt)**
1.b.	• **Zuständigkeit**: Schöffengericht (§ 430 Abs 1 StPO). • **Zurechnungsunfähigkeit**: Frage der richterlichen Beweiswürdigung. Bekämpfung mit den Nichtigkeitsgründen § 281 Abs 1 Z 5 und 5a StPO kaum aussichtsreich. Schlussfolgerung des Gerichtes objektiv nachvollziehbar. • **Anlasstat**: § 83 StGB keine hinreichende Anlasstat iSd § 21 Abs 1 StGB. Nichtigkeit nach § 281 Abs 1 Z 11 iVm § 433 Abs 1 StPO • **Einmaliger Ausrutscher**: mangelnde Gefährlichkeit. Gefährlichkeitsprognose im Ermessen des Gerichtes. Strafberufung (§ 433 iVm § 283 StPO). Bei Nichtigkeitsbeschwerde (§ 281 Abs 1 Z 11 StPO), ist so vorzugehen, als wäre auch Berufung erhoben worden (§ 290 Abs 1 StPO).	**(7 Pkt)**
1.c.	• **Psychiater Aussageverweigerungsrecht (§ 157 Abs 1 Z 3 StPO),** Hausarzt nicht • Gericht darf Aussageverweigerung des **Hausarztes** nicht akzeptieren (**Pflicht zur objektiven Wahrheitserforschung, § 3 Abs 2 StPO**) • Nichtigkeitsbeschwerde nach **§ 281 Abs 1 Z 4 StPO** nur wenn Parteien Antrag auf Vernehmung gestellt haben.	**(7 Pkt)**
2.a.	Sonstige Befangenheitsgründe (§ 43 Abs 1 Z 3 StPO); Anschein einer Befangenheit genügt, durch konkrete Umstände dargelegt (bloß Voreingenommenheit des Ehemannes der Richterin, korrekte Verhandlungsführung der Richterin)	**(7 Pkt)**
2.b.	§ 281 Abs 1 Z 1 StPO, Rügepflicht bei Bekannt werden des Befangenheitsgrundes	**(6 Pkt)**
2.c.	• **Halbe Strafzeit** (§ 46 Abs 1 StGB), Generalpräventive Hindernisse (zB Straffall mit öffentlichem Aufsehen, § 46 Abs 2 StGB) • Zwei Drittel der Strafzeit • Entlassungsvoraussetzungen	**(7 Pkt)**

Gesamt: 40 Punkte

Punkteschlüssel:	**0 – 20:**	**5**	
	21 – 25:	**4**	
	26 – 30:	**3**	**Note:**
	31 – 35:	**2**	
	36 – 40:	**1**	